

09. Februar 2011

"Ist es realisierbar? Was kostet es?"

BZ-INTERVIEW: Verkehrsministerin Gönner zur Rheintalbahn und der Situation in Offenburg.



Tanja Gönner Foto: sto

STUTTGART. Die Verkehrsministerin des Landes, Tanja Gönner (CDU), hat im Projektbeirat das Land vertreten. Mit ihr sprach Wulf Rüska.

BZ: Frau Gönner, wird in Offenburg der Tunnel gebaut?

Gönner: Diese Entscheidung konnten wir heute so im Projektbeirat nicht fällen. Aber wir haben beschlossen, dass das Geld, das für die vorbereitenden Untersuchungen zum Güterzugtunnel notwendig ist, von der Bundes- und der Landesregierung zur Verfügung gestellt wird. Das ist immerhin ein wichtiger Schritt in Richtung Güterzugtunnel.

BZ: Wie beeindruckt sind Bahn und Bund von der Entscheidung des Regierungspräsidiums Freiburg, die Pläne für Offenburg zur Überarbeitung

zurückzugeben?

Gönner: Die Reaktionen haben gezeigt, dass man darüber nicht amüsiert ist. Mit diesem Schritt hatte man wohl nicht gerechnet. Wenn Bahn und Bund erklärt wird, die Planungen seien so nicht genehmigungsfähig, dann ist das ein Schlag ins Kontor. Es wird abzuwarten sein, wie die Stellungnahmen ausfallen.

BZ: Nun soll das Eisenbahnbundesamt (EBA) eingeschaltet werden, also die Instanz, die nach der Anhörungsphase an der Reihe wäre. Besteht nicht die Gefahr, dass dieses Amt sich wie früher schon über die Bedenken des Regierungspräsidiums hinwegsetzt?

Gönner: Das EBA muss sich gut überlegen, wie es mit einer solchen Stellungnahme des Regierungspräsidiums umgeht, auch wenn diese nicht bindend ist. Man muss damit rechnen, dass die Frage der Planfeststellung in Offenburg – egal von wem – rechtlich angegangen wird. Das EBA müsste daher ein großes Interesse daran haben, dass seine Genehmigung anschließend rechtlich hält. Es dürfte sich deshalb sehr genau die Begründung des Regierungspräsidiums anschauen, weil ja jeder, der gegen eine anders lautende Entscheidung des EBA klagt, sich auf diese Stellungnahme beziehen kann.

BZ: Können Sie feststellen, dass man auf Seiten von Bahn und Bund ins Nachdenken gekommen ist?

Gönner: Es gibt jetzt die Diskussion, welche anderen Trassen genehmigungsfähig sein könnten. Irgendwann werden auch die Kosten für den Tunnel auf der Tagesordnung stehen. Auf der anderen Seite haben wir immer deutlich gesagt, dass in Offenburg der Tunnel kommen muss. Das ist eine gemeinsame Forderung von Landesregierung und Region. Darin werden wir nicht nachlassen. Jetzt haben wir eine argumentative Unterstützung dazu gewonnen.

BZ: Ist die Verhandlungsbereitschaft gewachsen, auch vor dem Hintergrund Stuttgart 21?

Gönner: Die Rheintalbahn und die Art, wie hier der Protest organisiert ist, sind völlig unterschiedlich zu Stuttgart 21, weil versucht wird, sich konstruktiv einzubringen und nicht das Projekt in Gänze in Frage gestellt wird. Bund und Bahn sind gesprächsbereit. Aber am Schluss sind Fragen zu beantworten: Ist es realisierbar? Was kostet es?

BZ: All das muss zudem gerichtsfest sein. Auch in Offenburg zeichnet sich ab, dass Tunnelgegner klagen wollen.

Gönner: Ja, wir werden auch mit dem Güterzugtunnel nicht alle Wünsche erfüllen können. Man kann nicht damit rechnen, dass ein solches Planfeststellungsverfahren wie in Offenburg mit dem Beschluss abgeklärt sein wird. Es gehört zur Wahrheit dazu, dass Bürgerbeteiligung und das Aufnehmen der Interessen der Region nicht

bedeuten, dass es nachher keinen Widerspruch geben wird. Das gilt erst recht für den Abschnitt südlich von Offenburg, wo es um die Trassen an der Autobahn oder an der bestehenden Strecke geht. Dort wird sich keine Einigkeit unter den Betroffenen herstellen lassen. Dort wird es eine Entscheidung geben, mit der die eine oder die andere Seite nicht zufrieden sein wird.

BZ: Eine Westumfahrung Offenburgs ist für Sie keine Alternative?

Gönner: Nein. Die Kosten wären nochmals deutlich höher, und zum anderen geht es nur um die Frage der Güterzüge, nicht darum, den Personenfernverkehr aus der Stadt herauszunehmen. Das würde das Land nicht unterstützen.

Autor: amp